

Beeinflussungsanlage auf A 40 gegen den Stau

Die Fertigstellung der Verkehrsbeeinflussungsanlage A 40 habe sich um etwa drei Jahre verzögert. Dem Straßenbaulastträger sei durch die Verzögerungen kein wirtschaftlicher Schaden entstanden. Darauf verweist Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Gerhard Wächter. Nach Angaben des Ministers soll die Anlage nach mängelfreier Erstellung seitens der beauftragten Firma in Betrieb genommen werden. Zur Zeit wird sie im Blindbetrieb getestet. Die Baukosten betragen rund 24 Millionen Mark. Der Bundesverkehrsminister genehmigte den Bau der A-40-Verkehrsbeeinflussungsanlage über rund 29 Kilometer im Jahr 1993. Zwischen den Anschlußstellen Mülheim-Winkhausen und Bochum-Werne mußten dazu 50 Schilderbrücken mit 221 Wechselverkehrszeichen (WVZ) errichtet werden. Die Verkehrsdatenerfassung erfolgt über 127 Radarsensoren. Zeitverzögerungen haben sich nach Angaben Clements durch die Infrastruktur an der Strecke und im Zusammenspiel dieser Komponenten mit der Steuerung ergeben. Die Landschaftsverbände hätten immer wieder die mangelnde Erstellung der vertraglich geschuldeten Leistungen gefordert. Nachbesserungen seien im Rahmen der Vertragserfüllung durchzuführen. Aus der Anfrage des CDU-Politikers Wächter geht hervor, daß der Hauptauftragnehmer die Daimler-Benz Aerospace AG (DASA) ist. Mit der Verkehrsbeeinflussungsanlage sollen Verkehrsfluß und Verkehrssicherheit auf einem der verkehrsdichtesten Autobahnabschnitte Nordrhein-Westfalens verbessert werden.

★

Dr. Klaus Heugel (SPD), Landtagsabgeordneter, ist neuer Kölner Oberstadtdirektor. Er hat seinen Vorgänger **Lothar Ruschmeier** abgelöst. Klaus Heugel bleibt bis zur Kommunalwahl am 30. September 1999 im Amt. Dann wird auch in Köln nach der neuen Gemeindeordnung ein hauptamtlicher Oberbürgermeister gewählt. Der Rat der Stadt Köln machte von einer Übergangsregelung Gebrauch. Der Politiker Heugel ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kölner Rat, dem er seit mehr als 22 Jahren angehört.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Ute Koczky (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (0211) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Als Abgeordnete, die dem NRW-Landtag erst seit 1995 angehört, sitzt Ursula Monheim normalerweise auf den hinteren Rängen im nordrhein-westfälischen Parlament. Doch bei der Debatte über den Beschluß der katholischen Bischöfe zur Schwangerenberatung Anfang Februar 1998 saß die CDU-Politikerin aus Leverkusen in der ersten Reihe. Mutig vertrat sie gemeinsam mit ihren Parteikolleginnen christdemokratische Positionen. Es wurde eine erfreulich sachbezogene und ehrliche Debatte. Die unterschiedlichen Positionen zwischen Regierung und Opposition wurden deutlich herausgearbeitet.

Während SPD-Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers betonte: „Beratung und Berechtigungsschein zur Abtreibung gehören zusammen“, setzte die Christdemokratin Ursula Monheim dagegen: „Klar ist, daß nach einer Alternative zum jetzigen System der Berechtigungsscheine gesucht werden muß, um die Doppeldeutigkeit dieses Dokuments aufzulösen.“ Und die CDU-Frau wurde noch deutlicher: „Es ist immer diese Doppeldeutigkeit des Scheins gewesen, der auch außerhalb der katholischen Kirche sehr umstritten war und von vielen, vor allem auch von Juristen, nicht mitgetragen wurde.“

Die CDU-Frau weiß, wovon sie spricht. Als die Debatte über den Paragraphen 218 zu Beginn der 90er Jahre besonders hitzig geführt wurde, war Ursula Monheim, selber Mutter von drei Kindern, voll engagiert. Doch während viele Frauen damals nur diskutierten, lautete ihre Devise: „Reden reicht nicht. Die Frauen brauchen ein verlässliches Angebot, und zwar nicht nur bis zur Geburt ihres Kindes, sondern darüber hinaus.“ So kam es zur Gründung des Vereins „Wort und Tat“, dessen Vorsitzende Ursula Monheim ist. 1992 hat sie ein Wohnhaus mit vier Wohneinheiten für alleinerziehende schwangere Frauen eröffnet. Zu dem Haus gehört eine Kindertagesstätte, wo die Kinder vom vierten Lebensmonat an betreut werden. Ziel von „Wort und Tat“ ist es, daß die Frauen eine unterbrochene Schul- oder Berufsausbildung nachholen und beenden können.

Bei ihrer Parlamentsarbeit im Düsseldorf-Landtag kommt der Unionspolitikerin ihr kirchliches Engagement zugute. Die 1939 in Münster geborene Philologin arbeitet in mehreren katholischen Gremien mit, ist unter anderem Vorsitzende des Katholikenrates Leverkusen, Mitglied im Vorstand des Diözesanrates Köln sowie des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken.

Zur Politik ist Ursula Monheim allerdings über die Schulpolitik gekommen. Konkret über die Koop-Debatte. „Die Programmatik der Union hat mich überzeugt“, erinnert sich Ursula Monheim. 1988 trat sie in die CDU ein. Ein Jahr später wurde sie sachkundige Bürgerin im Sozialausschuß des Rates der Stadt Leverkusen. Der Sprung in den nordrhein-westfälischen Landtag klappte beim ersten Anlauf 1990 nicht. Doch fünf Jahre später gelangte sie um so sicherer in das Landesparlament. Tatsächlich kam sie auch gleich in die beiden Ausschüsse, die sie sich gewünscht hatte: den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen.

Die Mitarbeit im Städtebauausschuß bedeutet für Ursula Monheim so etwas wie die Verwirklichung eines Jugendtraums. „Während meines Anglistik- und Russisch-Studiums in Münster habe ich auch viele



Ursula Monheim (CDU)

Vorlesungen in Architektur belegt. Stadtplanung und Stadtentwicklung haben mich immer fasziniert“, sagt sie. Im Landtag geht es im Ausschuß für Städtebau um ganz konkrete Fragen wie etwa die Schaffung von Wohnraum für ältere Menschen oder darum, wie man Wohnraum für Gruppen organisiert, die sich in unserer Gesellschaft schwer in ein normales Umfeld integrieren lassen.

Im Sozialausschuß liegen die Schwerpunkte ihrer Arbeit in der Krankenhaus-, Drogen- und Behindertenpolitik. Die Christdemokratin kämpft beispielsweise dafür, daß in den Schulen für geistig Behinderte eine ähnliche pflegerisch-therapeutische Versorgung eingerichtet wird, wie sie an Schulen für Körperbehinderte bereits existiert.

In ihrem Wahlkreis in Leverkusen engagiert sie sich für das sogenannte „Bunkerprojekt“. Dabei geht es darum, einen Bunker mit arbeitslosen Jugendlichen zu Wohnraum umzubauen. Nur solche Firmen bekommen den Zuschlag, die sich verpflichten, Jugendlichen innerhalb des Projektes eine Ausbildung zu geben. Zuletzt waren 15 Jugendliche in diese Maßnahme eingebunden.

Ein ganz wichtiger Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit ist für Ursula Monheim die Wahlkreisarbeit. Sie hat dafür gesorgt, daß in ihrem Wahlkreisbüro unter der Woche immer ein Ansprechpartner erreichbar ist, der Anfragen entgegennimmt. Über eine Zeitungsanzeige kündigt die CDU-Politikerin ihre Sprechstunden an, ist aber telefonisch jederzeit erreichbar. „Die Bürger kommen mit ganz privaten Fragen zu mir, etwa wenn sich jemand total verschuldet hat. Aber sie wollen auch Auskunft über die Pflegeversicherung oder Rentenfragen.“

Gern würde Ursula Monheim ihre Arbeit auch in der nächsten Legislaturperiode weiterführen. „Man braucht eine gewisse Zeit, um sich im Parlament einzuarbeiten, und dann sind fünf Jahre für ein vernünftiges Mit-tun doch eine sehr kurze Zeit“, ist Ursula Monheim überzeugt. Für ihre Abgeordnetentätigkeit tritt sie gern mit den Hobbys etwas kürzer. Allerdings liest sie weiterhin leidenschaftlich gern. Auch gemeinsame Wanderungen und Konzertbesuche mit ihrem Mann, der Familie und Freunden gehören bei ihr zum Ausgleich zur Politik.

Gerlind Schaidt

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)